

Kraftwerksgegner schicken Drohbriefe an Bürgermeister

Von Matthias Weigel

Wachau. Der Streit um die Sachsenmilch-Pläne, ein Heizkraftwerk zu bauen, ist kriminell geworden.

Die laufende Debatte um die Pläne von Sachsenmilch, auf das Werksgelände ein mit aussortiertem Müll (300000 Tonnen pro Jahr) betriebenes Heizkraftwerk zu bauen, verschärft sich zunehmend. Dabei verlassen jedoch einige der am Streit um das Für und Wider Beteiligten den gebotenen Weg der Sachlichkeit.

Drohbriefe an Eisold

Bürgermeister Michael Eisold sieht sich zunehmenden persönlichen Angriffen ausgesetzt. Erst kürzlich waren im Ort Plakate zu finden, auf denen sinngemäß zu lesen war, dass der Bürgermeister einen neuen Bürgerentscheid und damit die Demokratie behindere. Eisold hatte daraufhin mehrfach versucht, seine Situation zu verdeutlichen. „Ich muss mich an geltendes Recht und Vorgaben der Rechtsaufsicht halten“, sagte er. Das scheint jedoch bei einigen Gegnern nicht auf Verständnis zu stoßen. „Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass ich unter Druck gesetzt werde“, deutete er jüngst an. Über laufende Verfahren könne er jedoch nicht sprechen. „Nur so viel: Es sind Dinge passiert, die weit unter die Gürtellinie gehen.“ Es handelt sich dabei wohl um Drohungen gegen seine Person. „Meinungsverschiedenheiten in allen Ehren“, sagt Eisold. Persönliche Angriffe rechtfertigten die aber noch lange nicht.

Moralische Zweifel

Die Frage, an der sich die Geister scheiden, ist unmittelbar mit dem Bürgerentscheid vom 6. Dezember verwurzelt. Haben die Wachauer dort ein solches Kraftwerk generell abgelehnt? Oder nur den Standort? An der von Gemeindevorstand, Landratsamt und auch Regierungspräsidium vertretenen Rechtsauffassung, das betreffe den Standort, gibt es laut Gegner-Anwalt Lothar Hermes jedoch rechtliche Zweifel. Die bemühten Gerichte – die verweisen wiederum lediglich auf die Rechtsaufsicht. So bleiben moralische Defizite, weil es keinen sachlich objektiven Maßstab von außen gibt. Wenn dann beispielsweise Sachsenmilch und Bürgermeister Eisold öffentlich im Dezember 2006 verkünden, die Bürgerentscheidung zu respektieren, sind unter heutigen Gesichtspunkten kritische Fragen keine Überraschung.

Kistenwerfen

Es sei an der Zeit, dass sich Gemeinderat und die IG „Gesunde Zukunft“, die gegen das Kraftwerk kämpft, an einen Tisch setzen, sagt Steffen Cyriax von der CDU im Gemeinderat. „Wir müssen dringend demokratische Kultur üben.“ Cyriax bringt damit vor allem Kritik an Matthias Rangics von der IG zum Ausdruck. Der hatte dem Gremium unter emotionsgeladenen Worten eine Kiste mit 800 Unterschriften vor die Füße geworfen. „Das disqualifiziert die Truppe für mich vollkommen“, sagte Rat Andreas Schneider (CDU). Nach SZ-Informationen war die Aktion auch innerhalb der IG umstritten. Ob das Gesprächsangebot Cyriax' am Ende ankommt, bleibt ungewiss. „Wir wollen keine Gespräche“, rief eine Gegnerin und IG-Mitglied zur Gemeinderatssitzung in Richtung Rat. „Sondern wir wollen kein Kraftwerk.“

Streitbares Angebot

Auch Sachsenmilch ist mit streitbaren Methoden in der Vergangenheit nicht zimperlich gewesen. So lockte Ende 2006 das Unternehmen – sollte das geplante Müll-Kraftwerk gebaut werden können – noch mit 130 Euro „Energiekostenzuschuss“ für drei Jahre jährlich ab Inbetriebnahme für jeden Wachauer Haushalt. Das hinterließ einen faden Beigeschmack so kurz vor dem ersten Bürgerentscheid, in dem 66 Prozent der Wähler gegen die geplante Errichtung stimmten. Bis heute hat das Unternehmen mit dem Vertrauensverlust durch das Angebot zu kämpfen.